

wie vor die Grundlinie des Wirkens der von ihnen bezahlten Manager in den Monopolbetrieben bestimmen und ihnen heute ebenso wie vor Jahrzehnten die Profite zufließen. Die monopolistischen Eigentümer an Produktions-

mittein sind es, die über den überwiegenden Teil der Resultate gesellschaftlicher Arbeit von Millionen verfügen, die kraft ihres Eigentums an Produktionsmitteln über die ökonomische und die politische Macht verfügen.

ökonomische und politische Macht der Monopole in der BRD bleibt unangetastet

Zum Teil muß das von sozialdemokratischer Seite selbst verschämt eingestanden werden. Im „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre X 1973-1985“, der auf Beschluß des SPD-Parteitagess von Saarbrücken erarbeitet und im Juni 1972 veröffentlicht wurde, heißt es u. a.: „Eine der großen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft ist die Verteilung des Produktivvermögens.“ Hier werden ebenfalls jene nun auch in der BRD nicht mehr zu verheimlichenden Ziffern bürgerlicher Berechnungen genannt, daß bereits 1966 1,7 Prozent der Bevölkerung über 74 Prozent des Eigentums an Produktionsmitteln verfügten. 1960 waren es noch 70 Prozent, bis heute ist diese Ziffer weiter angewachsen. Rund 90 Prozent des gesamten privaten Aktienkapitals halten gegenwärtig 0,8 Prozent der Haushalte der BRD in ihren Händen.

Jene rechten sozialdemokratischen Führer vergessen allerdings, die Frage zu stellen, warum das so ist. Sie unterlassen es vielleicht deshalb, weil seit Ende 1966 in der BRD Sozialdemokraten unter anderem als Wirtschaftsminister wirken. Die Tatsachen sind so und nicht anders, weil in der BRD staatsmonopolistischer Kapitalismus existiert, weil die Produktionsmittel Eigentum einer kleinen Schicht

sind, weil deshalb auch ihnen der Hauptteil der Resultate gesellschaftlicher Arbeit zufließt. Deshalb jene „Gewinnexplosion“, um ein Wort eines sozialdemokratischen Wirtschaftsministers auf einem der letzten SPD-Parteitage zu zitieren.

Der imperialistische Staat hat ja auch mit sozialdemokratischen Ministern seinen Klassencharakter nicht geändert. Einige wenige Ziffern sollen das charakterisieren. Während die Bruttoprofite der 100 größten Konzerngesellschaften der BRD von 1966 bis 1970 um 35 Prozent stiegen, kletterten die Nettoprofite dank staatsmonopolistischer Steuerbegünstigung und ähnlicher Maßnahmen um 60,4 Prozent. Bei der Arbeiterklasse dagegen wirkte sich die staatsmonopolistische Wirtschaftstätigkeit gegen die Lebensinteressen aus. Hier erreichte der Nettolohnzuwachs nur 28,3 Prozent, der darüber hinaus durch zunehmende Inflationstendenzen und Preissteigerungen weiter geschmälert wurde.

Im gleichen Zeitraum erreichte die Konzentration und Zentralisation des Kapitals einen neuen Höhepunkt, erlangte die Monopolmacht neue Dimensionen.³⁾ Im Jahre 1972 wird die Monopolisierungswelle mit 221 großen Unternehmenszusammenschlüssen in den ersten drei Quartalen sich erneut

dem Rekordergebnis von 1970 mit 305 Fusionen annähern.

Auch die Entwicklung in der BRD bestätigt also, daß sich die Grundmerkmale des Kapitalismus nicht hinwegschieben lassen, daß es objektiv nicht möglich ist, den Kapitalismus zu „wandeln“. Wachsende Monopolprofite, weiter anschwellende monopolistische Machtkonzentration sind auch Resultate staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik mit sozialdemokratischen Vorzeichen.

Die Reden rechter sozialdemokratischer Führer über eine angebliche „Wandlungsfähigkeit“ des Kapitalismus können deshalb objektiv in der Gegenwart nur dazu dienen, das imperialistische System zu stützen, Barrieren auf dem Weg des historischen Fortschritts zu errichten. Auch diese mit erheblichem Aufwand verbreitete sozialdemokratische Legende beweist, „... daß die SPD-Führer äußerst geschickt und oftmals auch raffinierter als die CDU /CSU-Führer die Klasseninteressen der westdeutschen Bourgeoisie sichern“⁴⁾

Die Grundfragen unserer Epoche sind — das demonstriert gerade auch die welt-historische Bilanz aus Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung der UdSSR — einzig und allein durch die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, sind nur in einer sozialistischen Ordnung zu lösen.

K a r l - H e i n z S c h w a n k

Literaturangaben:

- 1) Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 7. 11. 1972: „Die Aufgaben der Agitation und Propaganda bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitagess der SED“, Dietz Verlag 1972, S. 74
- 2) Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 493
- 3) Vgl. hierzu „Neuer Weg“, Heft 22/1972, S. 1049
- 4) Erich Honecker, Die Jugend der DDR und die Aufgaben unserer Zeit, Dietz Verlag Berlin 1972, S. 25